



KAIROS Europa Deutschland e.V.

RUNDBRIEF

für Mitglieder & FreundInnen

März 2008

Im Blickpunkt: Macht und Herrschaft heute - Kehrt das „Imperium“ zurück?

Von Imperien und Imperialismen

Von Joachim Hirsch

„Imperialismus“ wird sowohl als Schlagwort in der politischen Auseinandersetzung als auch als theoretischer Begriff gebraucht, was bei seiner Verwendung hin und wieder einige Probleme schafft. In neuerer Zeit bezeichnet man damit allgemein gesprochen internationale Ungleichheits- und Abhängigkeitsverhältnisse, die im Zusammenhang mit der kapitalistischen Produktionsweise entstehen und die mittels staatlicher Gewalt durchgesetzt und stabilisiert werden. „Imperien“ hat es in der Geschichte mehrere gegeben. Ihre gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Grundlagen sind jedoch zu unterschiedlich, um sie mit einem Begriff beschreiben zu können. Wichtig ist auch, dass imperialistische Verhältnisse keinesfalls notwendig zur Bildung von Imperien führen. Internationale Anarchie kann ebenso ihre Folge sein. Eine historische Tatsache ist, dass schon die Entstehung des Kapitalismus auf solchen Gewaltverhältnissen beruhte und dass der Kolonialismus zu seinen Geburtshelfern zählt. Umstritten ist allerdings, ob und auf welche Weise dies heute noch gilt und ob man überhaupt mit einem allgemeinen Imperialismusbegriff operieren kann.

Es ist üblich, für die Zeit vor und zwischen den beiden Weltkriegen von der Ära des Imperialismus zu sprechen, und nach dem zweiten Weltkrieg spielten antiimperialistische Befreiungskämpfe eine wichtige Rolle. Nach der Wende von 1989 war der Begriff indessen weitgehend aus dem politischen und wissenschaftlichen Sprachgebrauch verschwunden. Bezeichnungen wie Weltzivilgesellschaft und Staatengemeinschaft erlebten eine beachtliche Konjunktur. Inzwischen hat

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser, zur Deutung der gegenwärtigen Welt-(un)ordnung wird auch in der weltweiten Ökumene immer häufiger die Denkfigur vom „Imperium“ herangezogen. Europäische Kirchen hingegen wehren sich gegen diese als „einseitige Verdammung“ erachtete Analogie mit historischen Weltreichen.

Diese Kontroverse erinnert meines Erachtens mitunter an den Streit um des Kaisers Bart: Statt um Inhalte geht es vielmehr um Semantik. Was genau meint aber die Rede vom „Imperium heute“?

Dieser Frage widmet sich der Schwerpunkt dieses Rundbriefes. Mit den übrigen Beiträgen möchten wir Sie über unsere aktuellen Aktivitäten auf dem Laufenden halten und ein lesenswertes Buch vorstellen.

Eine anregende Lektüre wünscht
Ihr
Martin Gück

INHALTSVERZEICHNIS

Im Blickpunkt: „Imperium“	1
Berichte aus der laufenden Arbeit	11
Buchbesprechung	15
Impressum	16

sich dies wieder etwas geändert. Hintergrund dafür sind die Zunahme von Militärinterventionen und Kriegen und nicht zuletzt die im Zusammenhang des zweiten Irakkriegs wieder aufgebrochenen Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Staaten, aber auch die sich immer weiter vergrößernden internationalen Ungleichheiten, für die die dominierenden kapitalistischen Staaten und die von ihnen kontrollierten internationalen Organisationen verantwortlich gemacht werden. Die Kontroverse lässt sich am Begriff der „Global Governance“ verdeutlichen, der viele politische und wissenschaftliche Debatten prägt. Er beruht auf der Annahme, mittels einer friedlichen Kooperation demokratischer Staaten und unter Mitwirkung der Akteure einer demokratischen Weltzivilgesellschaft könnten die internationalen Verhältnisse in einer friedlichen und humanen Weise gestaltet werden. Hält man dies für möglich, muss man unterstellen, dass imperialistische Gewaltverhältnisse nicht vorhanden oder zumindest von geringer Bedeutung sind.

Wenn man diese Kontroverse beurteilen will, besteht eine Schwierigkeit darin, dass es bis heute keine zufrieden stellende Imperialismustheorie gibt. Im ersten Teil meines Beitrags will ich daher versuchen, wenigstens einige wichtige Elemente einer solchen Theorie zu skizzieren. Meine These ist, dass imperialistische Strukturen für den globalen Kapitalismus nach wie vor grundlegend sind, dass sie aber in sehr unterschiedlichen Formen zum Ausdruck kommen. Diese sind wesentlich von den herrschenden innergesellschaftlichen und internationalen Kräfteverhältnissen abhängig. Danach werde ich kurz die historische Entwicklung des imperialistischen Verhältnisses seit dem 19. Jahrhundert verfolgen, um abschließend seine gegenwärtige Struktur und die darin enthaltenen Widersprüche anzusprechen.

Theorie

Um Imperialismus verstehen zu können, muss grundsätzlich zweierlei in Betracht gezogen werden: die ökonomische Dynamik des Kapitalismus und seine politische Form.

Ökonomische Dynamik

Dem Kapital ist grundsätzlich eine expansive Tendenz eigen. Das Kapitalverhältnis kann nur bestehen, indem es sich fortwährend ausdehnt und sich immer neue gesellschaftliche Sphären unterwirft. Die etwas komplizierte Begründung für diese Annahme kann ich hier nicht entwickeln. Der Expansionsprozess des Kapitals verläuft allerdings nicht kontinuierlich und bruchlos, sondern besitzt einen krisenhaften Charakter. Eine bloß quantitative Ausdehnung des Kapitalverhältnisses führt nämlich tendenziell zu einer Senkung des Profits und trägt damit die Gefahr einer Krise in sich. D.h. Kapital kann nicht mehr profitabel investiert werden und der ökonomische Kreislauf kommt ins Stocken. Deshalb müssen die technischen und gesellschaftlichen Grundlagen des Kapitalismus fortwährend umgewälzt werden. Dies jedoch ist ein gesellschaftlich umkämpfter Prozess mit offenem Ausgang.

Grundsätzlich kann das Kapital auf zweierlei Art expandieren:

1. Innere Expansion: Diese beruht auf der technischen Umwälzung der Produktionsprozesse, also Rationalisierung i.w.S. oder auf der Unterwerfung nicht kapitalistischer Produktionsbereiche - z.B. landwirtschaftliche oder häusliche Produktion - unter den Kapitalverwertungsprozess. Begriffe dafür sind „Kommodifizierung“ (d.h. in Warenform bringen) oder „innere Landnahme“. Innere Expansion ist nicht immer möglich, sondern setzt bestimmte soziale Kräfteverhältnisse voraus. Man kann dies am Beispiel des „Fordismus“, des Kapitalismus in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg verdeutlichen. Dieser war durch den Übergang zur tayloristischen Massenproduktion von Konsumgütern, Massenkonsum, einen auf Vollbeschäftigung zielenden Staatsinterventionismus und den Ausbau des Sozialstaates gekennzeichnet. Der Konsum der Lohnabhängigen wurde so zu einer Anlage-sphäre für das Kapital, z.B. in Form von Haushaltsgeräten oder industriell hergestellter Nahrungsmittel. Dies schuf einen vergrößerten inneren Markt. Zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus schienen der Profit des Kapitals und wachsender Massenwohlstand vereinbar zu sein - wenigstens im kapitalistischen Zentrum der Welt. Im Rückblick erscheint dies



als ein goldenes Zeitalter. Aber es war von relativ kurzer Dauer und fand sein Ende in der Weltwirtschaftskrise der siebziger Jahre. Dies zeigt, dass die Tendenz zur äußeren Expansion grundsätzlich wirksam bleibt und mit der Krise des Fordismus trat sie wieder in den Vordergrund.

2. Äußere Expansion geschieht im Wesentlichen durch Kapitalexport, die Erschließung billiger Arbeitskräftereservoirs oder kostengünstiger Rohstoffquellen außerhalb der einzelstaatlichen Grenzen. In der Regel setzt sie den Einsatz militärischer Gewaltmittel voraus. Äußere Expansion kann sich nicht zuletzt auch darauf richten, neue Märkte zu erschließen, was wiederum innere Rationalisierungsprozesse begünstigt.

Äußere Expansion kann formell oder informell erfolgen. Formelle Expansion beruht auf der direkten Unterwerfung und Kontrolle von Territorien (Kolonialismus). Informelle liegt dann vor, wenn Regierungen abhängiger Staaten dazu gezwungen werden, der Expansion des Kapitals keine Hindernisse entgegen zu setzen (offene Kapital- und Warenmärkte, Garantie des Privateigentums, Schaffung der notwendigen Infrastruktur für das Kapital usw.). Hier verbindet sich also die freie Beweglichkeit des Kapitals mit der Existenz formell unabhängiger Staaten. Auch dabei ist die Verfügung über militärische Gewaltmittel grundlegend, die aber nicht zu territorialen Eroberungen, sondern dazu benutzt wird, die betreffenden Staaten zu einer geeigneten Politik zu veranlassen.

Oft wird unter Imperialismus nur die formelle äußere Expansion verstanden. Dies greift indes zu kurz. Welche Form der Kapitalexpansion dominiert, hängt ganz entscheidend von den innerstaatlichen und internationalen Kräfteverhältnissen ab.

Politische Form

Imperialismus lässt sich nur verstehen, wenn die besondere Form des kapitalistischen Staates und des Staatensystems in Betracht gezogen wird. Auch hier muss ich wieder darauf verzichten, nähere Ausführungen zur Staatstheorie zu machen. Kennzeichnend für die kapitalistische Gesellschaft ist die Trennung von Politik und Ökonomie, von Staat und Gesellschaft. Dies bedeutet, dass der Staat eine „relative

Autonomie“ besitzt und in der Regel nicht als unmittelbares Instrument des Kapitals fungiert. Zur kapitalistischen politischen Form gehört auch die Pluralität des Staatensystems, also die Existenz einer Vielzahl von Staaten. Daraus ergeben sich zwei wichtige Folgerungen:

1. Die Existenz eines Systems von Einzelstaaten ist eine wesentliche Grundlage für eine raumzeitlich ungleiche Entwicklung des Kapitalismus. Das Kapital operiert nicht in einem homogenen ökonomisch-sozialen Raum, sondern trifft auf politisch unterschiedlich organisierte ökonomische und gesellschaftliche Zusammenhänge. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, diese Räume in einer profitablen Weise zu kombinieren, etwa durch die Schaffung grenzüberschreitender Wertschöpfungsketten.

2. Staaten sind prinzipiell gezwungen, zwecks Aufrechterhaltung der ökonomischen Stabilität im Interesse des Kapitals zu handeln, das innerhalb ihrer Grenzen investiert. Man nennt dies heute auch Standortkonkurrenz. Da das Kapital grundsätzlich grenzüberschreitend operiert, ergibt sich ein Widerspruch zwischen der Bewegung des Kapitals und der einzelstaatlichen politischen Organisationsform. Auf dem Feld der internationalen Konkurrenz können Staaten als Vertreter der Interessen „ihres“ Kapitals auftreten, sind aber zugleich mit dessen tendenziell grenzüberschreitender Beweglichkeit konfrontiert. Auch dieses Verhältnis nimmt in der historischen Entwicklung des Kapitalismus unterschiedliche Formen an. Soweit einige der wichtigsten theoretischen Grundzüge.

Historische Phasen der imperialistischen Entwicklung

Betrachten wir nun kurz die historische Entwicklung. In der Geschichte des Kapitalismus wechseln sich Phasen äußerer und innerer, formeller und informeller Expansion ab. Das von Großbritannien beherrschte Freihandelssystem zerbrach im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts an der Konkurrenz der neu aufkommenden Mächte Deutschland, USA und Japan. Dies leitete den Übergang zu Staatsinterventionismus und Handelsprotektionismus ein. Die Möglichkeiten zu einer inneren Expansion des Kapitals waren durch die fehlende Massenkaufkraft und damit den Mangel an inneren Anlagespielräumen für

das Kapital beschränkt. Der daraus resultierende Drang zu äußerer Expansion führte zu wachsenden Konflikten zwischen den kapitalistischen Mächten. Dies führte zum ersten Weltkrieg, auf den eine längere Phase imperialistischer Auseinandersetzungen und Kriege folgte. Diese gingen vor allem auf die Versuche Deutschlands und Japans zu einer kolonialen Expansion zurück. Im zweiten Weltkrieg lösten die USA Großbritannien als beherrschende Macht ab und zugleich entstand mit der russischen Revolution der Ost-West-Systemkonflikt. Dieser setzte kolonialen Bestrebungen klare Grenzen. Zugleich entstand dadurch der Zwang, den Lohnabhängigen gewisse materielle Zugeständnisse zu machen. Dies ist der Hintergrund für die Entstehung des Fordismus. Die inneren Märkte dehnten sich aus und die innere Expansionsweise des Kapitals wurde dadurch dominierend. Die USA unterstützten den Entkolonialisierungsprozess, förderten die Entwicklung formell unabhängiger Staaten und etablierten nach dem zweiten Weltkrieg in ihrem Machtbereich erneut einen informellen Imperialismus. Die Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion fand ihr Pendant im Bestreben einer ökonomischen und kulturellen Öffnung der „freien Welt“ für den kapitalistischen Markt. Dies ging nicht ohne Gewalt ab, wie die Vielzahl von Militärinterventionen und von außen unterstützten Staatsstreich in dieser Zeit zeigt. Mit dem Vietnamkrieg versuchten die USA, nach der Verdrängung der Kolonialmacht Frankreich Südostasien unter ihre Kontrolle zu bekommen. Ihre militärische Niederlage war eine wesentliche Ursache für den Niedergang ihrer internationalen Dominanzposition und dies verstärkte zugleich die Krise des Fordismus.

Hintergrund dieser Mitte der siebziger Jahre ausgebrochenen Krise des fordistischen Kapitalismus ist, dass sich einerseits die sozialpolitischen Errungenschaften der fordistischen Periode zunehmend als Hindernis für die Kapitalverwertung erwiesen und dass andererseits die ökonomische Dominanz der USA durch neu aufkommende Konkurrenten, wiederum vor allem Deutschland und Japan, in Frage gestellt wurde. Die Folge war der Zusammenbruch des als Bretton-Woods-System bekannten internationalen ökonomischen Regelwerks.

Dieses hatte feste Wechselkurse und Kapitalverkehrskontrollen beinhaltet, die dafür sorgten, dass die internationale Beweglichkeit des Kapitals beschränkt blieb und so etwas wie eine relativ unabhängige nationale Wirtschaftspolitik möglich war. Im Gefolge der Krise schlugen die USA eine neue Strategie ein, um ihre Dominanzposition wieder zu festigen. Sie bestand in der Politik einer umfassenden Deregulierung der Waren-, Kapital- und Finanzmärkte, die nach und nach von den Staaten des kapitalistischen Zentrums übernommen wurde. Damit setzten sich die einzelnen Staaten einem verschärften Konkurrenzdruck aus und verzichteten auf wesentliche wirtschafts- und sozialpolitische Interventionsmöglichkeiten. Die sozialdemokratisch-wohlfahrtsstaatliche Ära ging zu Ende. In der Folge kam es zu einer starken Rationalisierungswelle und zu einer drastischen Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten des Kapitals. Weil die einzelnen Volkswirtschaften stärker den Zwängen des Weltmarkts ausgesetzt werden, laufen demokratische Entscheidungsprozesse auf einzelstaatlicher Ebene zunehmend ins Leere. Dieser Prozess, den man als Globalisierung bezeichnet, kann somit als ein strategischer Angriff auf die demokratischen und sozialpolitischen Errungenschaften betrachtet werden, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erkämpft worden waren. Den USA ist es damit gelungen, ihr informelles Empire auf eine neue Grundlage zu stellen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion, der eng mit der Krise des Fordismus zusammenhängt, hat diesen Erfolg komplettiert.

Die gegenwärtige imperialistische Struktur

Aus der Weltwirtschaftskrise der siebziger Jahre ist also erneut ein von den USA dominierter informeller Imperialismus hervorgegangen. Gleichwohl unterscheidet dieser sich in wesentlichen Punkten von früheren Phasen des Kapitalismus. Entscheidend dafür ist die Internationalisierung des Kapitals. Diese hat durch eine intensive Verflechtung von Direktinvestitionen insbesondere zwischen den kapitalistischen Zentren, grenzüberschreitende Unternehmenszusammenschlüsse und die Ausbreitung internationaler Unternehmensnetzwerke eine neue Dimension erreicht. Die neoliberale Deregulierungspolitik hat diese Internationalisierung stark vorangetrieben. Ihr



entspricht eine Internationalisierung des Staates, die zwei Dimensionen hat:

(1) eine verstärkte Orientierung der Staaten am Kapitalverwertungsprozess auf Weltmarktebene, die dazu führt, dass die Schaffung optimaler Standortbedingungen oberste politische Priorität bekommen hat, und

(2) die wachsende Bedeutung internationaler ökonomischer Regulierungsinstanzen wie WTO, Weltbank und IWF, die den Spielräumen der Staaten einige Grenzen setzen und in gewisser Weise die Züge eines internationalen Staates aufweisen, der allerdings im Wesentlichen im Interesse des Kapitals fungiert. Auf der internationalen Ebene fehlen institutionalisierte demokratische Kontrollen. Man spricht in diesem Zusammenhang deshalb auch von einem „neoliberalen Konstitutionalismus“. Schließlich ist zumindest in Ansätzen eine international orientierte und global vernetzte Managerklasse entstanden. Das Kapital, d.h. insbesondere die international operierenden Unternehmen stehen damit den einzelnen Staaten erheblich unabhängiger gegenüber, was bedeutet, dass sich nur noch mit Einschränkungen von „nationalen“ Kapitalen sprechen lässt.

Der neue Imperialismus ist dadurch gekennzeichnet, dass relativ autonome Zentren der Staatsmacht unter Führung der USA in ein übergreifendes politisch-ökonomisches Regulierungssystem eingegliedert worden sind. Dies ist, verbunden mit der absoluten militärischen Dominanz der USA, ein Grund dafür, dass die zwischenstaatlichen Rivalitäten innerhalb des kapitalistischen Zentrums abgenommen haben und militärische Konflikte zwischen den dominierenden Staaten unwahrscheinlicher geworden sind. Die auf den ersten Blick plausibel erscheinende Bezeichnung „US-Imperialismus“ muss allerdings angesichts der Internationalisierung von Staat und Kapital relativiert werden. Es wird zunehmend problematischer, überhaupt noch von einem „nationalen“ und damit auch von einem US-amerikanischen Kapital zu sprechen. Genau genommen fungieren die USA in gewisser Weise als globaler Staat des internationalisierten Kapitals und vertreten dessen Interessen. Sie verkörpern, wenn auch in prekärer und immer noch konflikthafter Weise das

„Gewaltmonopol“, welches das Kapital zu seiner Reproduktion benötigt. Dies wird nicht zuletzt an der zentralen Rolle deutlich, die die USA bei der oft gewaltsamen Durchsetzung freier Märkte und Investitionsgebiete sowie bei der Sicherung strategischer Rohstoffe spielen.

Allerdings haben dadurch die einzelnen Staaten keinesfalls an Bedeutung eingebüßt, wie dies oft behauptet wird. Immer noch spielen sie eine zentrale Rolle bei der Organisation der Klassenbeziehungen und bei der Gewährleistung eines gewissen sozialen Zusammenhalts. Die einzelstaatliche politische Organisationsweise des Kapitalismus bleibt auch die Grundlage internationaler Ungleichheiten, die das Kapital für seine Verwertung benötigt. Die Rivalität zwischen den Staaten des Zentrums wird durch die Internationalisierung zwar eingedämmt, bleibt aber bestehen. Immer noch sind die internationalen Unternehmen auf die Organisations-, Legitimations- und Gewaltpotentiale der einzelnen Staaten angewiesen. Dies bedeutet, dass die kapitalistische Konkurrenz nach wie vor - wenn auch in veränderten Formen - im Staatensystem zum Ausdruck kommt. Einzelne Staaten können als Interessenvertreter von Kapitalgruppen fungieren, die für sie ökonomisch wichtig sind. Und nach wie vor drücken sich in den verschiedenen Staaten unterschiedliche Klassen- und Kräfteverhältnisse und damit auch Legitimationsbedingungen aus. Dies alles führt zu immer wieder divergierenden zwischenstaatlichen Politiken, die zu scharfen Konflikten führen können, auch wenn diese - abgesehen von den immer wieder aufbrechenden Kriegen in der Peripherie - nicht mit militärischen Mitteln ausgetragen werden.

Widersprüche

Das aus der neoliberalen Umstrukturierung des Kapitalismus hervorgegangene kapitalistische Weltsystem ist durch eine Reihe von Widersprüchen geprägt, von denen ich nur einige kurz nennen will.

1. Es besteht weltwirtschaftlich ein strukturelles ökonomisches Ungleichgewicht, das daher rührt, dass durch die Verschiebung der globalen Einkommensverteilung zugunsten der

Unternehmen eine strukturelle Nachfragerücke besteht. Dadurch werden die Investitionsmöglichkeiten im produktiven Sektor begrenzt. Als Folge wandern große Finanzmassen anlagesuchend um den Globus und werden in großem Umfang spekulativ eingesetzt. Dies ist die Grundlage für die so genannte „Finanzialisierung“ des Kapitalismus, die eine eigene ökonomische Dynamik erzeugt. Ob es dauerhaft gelingt, die dadurch permanent erzeugten Finanzkrisen im Zaum zu halten, darf bezweifelt werden. Insgesamt wird der globale Wirtschaftsprozess bislang vor allem durch die öffentliche und private Verschuldung der USA stabilisiert. Doch auch der Wirksamkeit dieses Ventils sind gewisse Grenzen gesetzt. Eine durchaus mögliche neue Weltwirtschaftskrise könnte die zwischenstaatlichen Rivalitäten verstärken, protektionistischen Politiken Auftrieb geben und damit dem bestehenden neoliberalen Weltsystem ein Ende bereiten.

2. Weil, um mit Lenin zu sprechen, die kapitalistische Aufteilung der Welt nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus recht weit gediehen ist, engt sich der Spielraum für die äußere Expansion des Kapitals ein. Auf der anderen Seite sind die Möglichkeiten für die innere Expansion, die auf einer Ausweitung des Massenkonsums nach fordistischem Muster beruht, angesichts der bestehenden Einkommensverteilungs- und Kräfteverhältnisse beschränkt. Der derzeit dominierende Ausweg besteht in einem neuen Schub der inneren Landnahme durch die Privatisierung öffentlicher Güter und die Erschließung neuer Investitionsfelder auf der Basis neuer Technologien, wobei die Informations- und Datenverarbeitung sowie die Biotechnologien eine wichtige Rolle spielen. Deren profitable Verwertbarkeit ist allerdings an die Gewährleistung der privaten Rechte am so genannten intellektuellen Eigentum gebunden, also z.B. für Computerprogramme und genetische Informationen. Der Privatisierungsdruck und die Frage der intellektuellen Eigentumsrechte bestimmen daher immer stärker die internationalen Regulierungsbemühungen. Dies wiederum verstärkt nicht nur die sozialen, sondern auch die zwischenstaatlichen Konflikte.

3. Die neoliberale Variante des informellen Imperialismus hat zur Voraussetzung, dass es

gelingt, auf globaler Ebene „effektive“ und der freien Marktwirtschaft verpflichtete Regierungen einzusetzen bzw. zu stabilisieren („good governance“). Das war ein wesentliches Ziel der Militärinterventionen der kapitalistischen Metropolen auf dem Balkan, in Afghanistan oder im Irak. Nun lassen sich aber, wie die Erfahrung zeigt, derart „effektive“ Staaten nicht schaffen, wenn die ökonomischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür fehlen und durch die Kriege sogar weiter zerstört werden. Vielmehr kann dies auf längere Sicht zu einer Vervielfältigung der Konfliktherde und zu anarchischen Zuständen führen. Möglich ist daher auch die Wiederbelebung formeller imperialistischer Strukturen durch die Errichtung faktischer Kolonien oder die Einsetzung von Kompradoren(= von außen eingesetzte) Regimes, wie es sich jetzt schon in Afghanistan und im Irak abzeichnet.

4. Mit der neoliberalen Restrukturierung des Kapitalismus hat sich generell der Konflikt zwischen den Regierungspolitiken und den Interessen großer Teile der Bevölkerung verschärft. Unter dem Druck der Standortkonkurrenz sehen sich die Regierungen in wachsendem Maße gezwungen, gegen die Interessen von Bevölkerungsmehrheiten zu handeln. Dies geht mit einer fortschreitenden Erosion der liberaldemokratischen Systeme einher. Die dadurch entstandene Krise der Repräsentation hat dazu geführt, dass nationalistische, populistische und rassistische Strategien der Legitimationsbeschaffung bedeutsamer werden, die wiederum zwischenstaatliche Konflikte anheizen können.

5. Nur mit Einschränkungen kann auch von einer absoluten militärischen Dominanz der USA gesprochen werden. Diese reicht zwar aus, um konventionelle Kriege zumindest gegen schwächere Gegner zu gewinnen, kann aber gegen die so genannten neuen Formen der Kriegsführung - Stichwort Terrorismus - nur wenig ausrichten. Bei einer Ausweitung derartiger Konflikte stößt auch die US-Militärmaschinerie schnell an Grenzen. Die USA bleiben daher, wie auch auf dem Feld der ökonomischen Regulierung, auf eine Kooperation mit den anderen kapitalistischen Mächten angewiesen. Die Internationalisierung des Kapitals schafft dafür einige Voraussetzungen. Zwischenstaatliche Rivalitäten bleiben dennoch wirksam, insbesondere



dann wenn Russland und China an ökonomischer und militärischer Stärke gewinnen. Das bestehende Weltsystem ist also insgesamt durch ein komplexes Kooperations- und Konfliktverhältnis im Rahmen einer „ungleichen Interdependenz“ zwischen den kapitalistischen Staaten gekennzeichnet.

6. Bleibt schließlich die Frage der hegemonialen Stabilität des bestehenden Weltsystems. Mit Hegemonie wird ein Herrschaftsverhältnis bezeichnet, das nicht allein auf Gewalt beruht, sondern die Interessen der Untergeordneten partiell berücksichtigt und damit bestandsfähiger wird. Ein Beispiel dafür war die Politik der USA nach dem zweiten Weltkrieg. Eine solche Politik verlangt von der Hegemonialmacht jedoch gewisse Konzessionen. Es ist indessen genau die neoliberale Ökonomisierung der Politik, die die USA und die mit ihnen verbündeten kapitalistischen Mächte dazu tendenziell unfähig macht. Wenn man unter „Imperium“ ein derartiges hegemoniales Herrschaftssystem versteht, dann trägt die heute bestehende Weltordnung genau nicht diesen Charakter. Nicht zuletzt dies ruft in wachsendem Maße politische und soziale Bewegungen hervor, die eine praktische Kritik an den bestehenden ökonomischen und politischen Verhältnissen üben. Die stärker werdende globalisierungskritische Bewegung ist ein Zeichen dafür. Auf der Höhe der Zeit ist sie deshalb und dann, wenn sie nicht in einen platten Anti-Imperialismus und die damit verbundene Staatsfixierung zurückfällt, sondern sich gegen die ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse richtet, die diesen erst hervorbringen.

Dr. Joachim Hirsch ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/M.

Imperium, Imperialismus, Hegemonie?

Stellungnahme zu: Joachim Hirsch,
Von Imperien und Imperialismen
Von Ulrich Duchrow

Der Analyse des Papiers kann ich weitgehend zustimmen, den Schlussfolgerungen am Ende

allerdings nicht. Hier behauptet Hirsch, 1. man könne heute nicht von einem Imperium sprechen und man solle deshalb 2. auch nicht auf einen „platten Anti-Imperialismus und die damit verbundene Staatsfixierung“ zurückfallen.

Zu der ersten Behauptung kommt er, indem er folgende Definition vornimmt: „Hegemonie wird als ein Herrschaftsverhältnis bezeichnet, das nicht allein auf Gewalt beruht, sondern die Interessen der Untergebenen partiell berücksichtigt und damit bestandsfähiger wird.“ Heute besteht deshalb kein solches hegemoniales Herrschaftssystem als Imperium, weil „politische und soziale Bewegungen“ entstanden sind, „die eine praktische Kritik an den bestehenden ökonomischen und politischen Verhältnissen üben“. Hirsch unterliegt hier m. E. einem doppelten Fehlschluss. Erstens schränkt er die Begriffe Hegemonie und Imperium auf ein Herrschaftssystem ein, das von den Unterworfenen akzeptiert wird, weil ihre Interessen teilweise berücksichtigt werden. Danach wäre z. B. das hellenistische Imperium unter dem Syrer Antiochus IV. kein Imperium gewesen, weil es mit reiner Gewalt in Judäa eine Zeusstatue in den Tempel setzte, den Jahwekult verbot und die hellenistische Ökonomie durchsetzte, was die Judäer zu vielfältigem Widerstand motivierte. Zweitens berücksichtigt er nicht die verschiedenen Phasen, die ein Imperium durchmachen kann. Gegen Ende des Römischen Imperiums stützte sich Rom zunehmend nur noch auf Gewalt.

Im Blick auf den „platten Anti-Imperialismus“ fragt man sich zweitens, wer denn damit gemeint sein soll. Gibt es irgend jemand in der globalisierungskritischen Bewegung, der nicht gleichzeitig mit dem Staat die Rolle des transnationalen Kapitals thematisiert? Die Kernfrage bleibt demnach die nach dem Verhältnis zwischen dem immer globaler werdenden, expansionstrieber Kapital und den verschiedenen Formen kapitalistischer Staatsmacht.

Das Bekenntnis von Accra beantwortet die Frage so: „Unter dem Begriff „Imperium“ verstehen wir die Konzentration wirtschaftlicher, kultureller, politischer und militärischer Macht zu einem Herrschaftssystem unter der Führung mächtiger Nationen, die ihre eigenen Interessen schützen und verteidigen wollen. (11)

In der klassischen liberalen Wirtschaft besteht die Aufgabe des Staates darin, das Privateigentum und das Einhalten der Verträge im Wettbewerb der Märkte zu schützen. Durch die Kämpfe der Arbeiterbewegung begannen die Staaten, die Märkte zu regulieren und für die soziale Wohlfahrt der Menschen zu sorgen. Seit den achtziger Jahren begann der Neoliberalismus durch die Internationalisierung der Kapitalflüsse die sozialen Funktionen des Staates abzubauen.... (12)

Die Globalisierung der Märkte hatte auch eine Globalisierung der zu ihrem Schutz eingerichteten politischen und rechtlichen Institutionen und Regelwerke zur Folge. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und ihre Alliierten bedienen sich - in Zusammenarbeit mit internationalen Finanz- und Handelsinstitutionen (Internationaler Währungsfonds, Weltbank, Welthandelsorganisation) - politischer, wirtschaftlicher oder auch militärischer Bündnisse, um die Interessen der Kapitaleigner zu schützen und zu fördern. (13)

Wir beobachten also eine dramatische Konvergenz zwischen der Wirtschaftskrise einerseits, und dem Integrationsprozess von wirtschaftlicher Globalisierung und Geopolitik andererseits, und dies vor dem Hintergrund der neoliberalen Ideologie. Es handelt sich hier um ein globales System, das die Interessen der Mächtigen verteidigt und schützt. Wir sind alle davon betroffen und keiner kann sich ihm entziehen.“ (14) Das heißt: unter verschiedenen historischen Bedingungen sucht sich das Kapital für seine auf den ganzen Erdball zielende Expansion je politische, militärische, geheimdienstliche Unterstützung und Absicherung.

Franz Hinkelammert fasst dies noch lapidarer: „Wenn Antonio Negri heute das Imperium als Neue Weltordnung bezeichnet, das die früheren nationalistischen Imperialismen beerbt, verfällt er einem historischen Irrtum. Der Moderne ging es stets um's Imperium, wenn auch erst heute eine einzige Macht - die USA - allein fähig ist, sich gegen alle anderen Mächte weltweit als erste Dienerin des Imperiums durchzusetzen. Die Konzeption des Imperiums jedoch ist nicht neu. Die Auseinandersetzungen zwischen imperialistischen Mächten in den vergangenen Jahrhunderten waren stets schreckliche Kämpfe um den Platz des ersten Dieners des Imperiums.

Heute besitzen die USA diesen Platz und kämpfen darum, dass ihnen in der Zukunft niemand diesen Platz streitig machen kann. Aus diesem Grund hat die Moderne es niemals mit - im strengen Sinne - nationalistischen Imperialismen zu tun gehabt. Der Nationalismus war nur das Banner, hinter dem man um den Platz des ersten Dieners eines Imperiums kämpfte, das immer Weltimperium war. Diesen Standpunkt vertritt auch die Imperialismustheorie, die vor allem von marxistischen Autoren seit dem Ende des 19. Jahrhundert entworfen wird.

Nicht einmal die Eroberung Amerikas war nationalistisch. Auch sie hatte ihren Ausgangspunkt in der Vision von einem Weltimperium, dessen Diener Spanien und Portugal waren. Es handelte sich jedoch um ein christliches, noch nicht säkularisiertes Imperium. Erst Locke säkularisierte es zugunsten des Bürgertums und konnte so eine große Theorie über das bürgerliche Weltimperium entwickeln.“¹

Als Beleg für die Aussage zu den USA kann man den Think Tank der Republikaner „Project for the New American Century“ heranziehen.² Die Theorie von Locke haben F. Hinkelammert und ich ausführlich dargestellt.³

Aus alledem ziehe ich die Schlussfolgerung, dass Petras und Veltmeyer die treffendste Definition des heutigen Systems vorgelegt haben, wenn sie Ihrem Buch den Titel geben: „Empire with Imperialism: The Globalizing Dynamics of Neoliberal Capitalism“.⁴ Den Kernbeweis ihrer These stützen sie auf die Tatsache, dass die headquarters der Hauptkonzerne genau in den Ländern liegen, die eine imperialistische Politik betreiben, um das kapitalistische Weltimperium zu unterstützen und zu sichern: Von den 500 Spitzenkonzernen haben ihr Hauptquartier 227 (45%) in den USA, 141 (28%) in Westeuropa, 92 (18%) in Asien, vorwiegend Ostasien mit Japan (das gerade begonnen hat, sich wieder zu militarisieren) an der Spitze. Von den top ten TNCs sind sogar 80% in den USA und 20% in Westeuropa angesiedelt. Aus dieser Aufzählung erklärt sich mühelos die zunehmende imperialistische Militarisierung der Außenpolitik der USA und der EU (und beider in der NATO) - imperialistisch, weil ihre Strategie ausdrücklich die Selbstmandatierung außerhalb der völkerrechtlichen Legitimation vorsieht.



Nicht um die Begriffe, aber um das präzise Verständnis des neoliberal-imperialistischen Kapitalismus und Wege zu seiner Überwindung muss weiter in den ökumenischen Prozessen gerungen werden.

Prof. Dr. Ulrich Duchrow ist 1. Vorsitzender von Kairos Europa e.V.

- ¹ Hinkelammert, Franz, 2007, Das Subjekt und das Gesetz. Die Wiederkehr des verdrängten Subjekts, Edition ITP-Kompass, Münster, S.8.
- ² Project for the New American Century, 1997/2000, Statement of Principles and Rebuilding America's Defences. Strategy, Forces and Resources for a new Century, Project for the New American Century, (www.newamericancentury.org/statementofprinciples.htm).
- ³ Duchrow, Ulrich / Hinkelammert, Franz J., (2002) 2005 2. Aufl., Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums, Publik Forum, Oberursel, Kap. 3.
- ⁴ Petras, James /Veltmeyer, Henry/Vasapollo, Luciano/Casad, Mauro, 2006, Empire with Imperialism: The Globalizing Dynamics of Neoliberal Capitalism, Zed, London.

Science ja, fiction nein

Von Martin Gück

Die Behandlung des Themas „Imperium“ durch die weltweite Ökumene hat bekanntlich vor allem auf Seiten nord- und westeuropäischer Kirchen teilweise vehementen Widerspruch hervorgerufen. Diese setzen sich gegen eine aus ihrer Sicht unzulässige „Vermischung von Glaube und Analyse“ zur Wehr und sprechen den BefürworterInnen der Auseinandersetzung mit imperialen Machtstrukturen die nötige Sachkenntnis ab. Mitunter wird die Rede von der Macht des Imperiums gar als „Science-fiction“ lächerlich gemacht. Dieser regelrechten Gesprächsverweigerung möchte ich im Folgenden vier Argumente entgegenhalten, die es aus meiner Sicht geboten erscheinen lassen, von jeglicher Polemik Abstand zu nehmen und sich stattdessen auf ein gemeinsames ökumenisches Nachdenken einzulassen.

1. Zunächst gilt es wahrzunehmen, dass die weltweite Ökumene die Beschäftigung mit der

Frage des Imperiums für die kommenden Jahre zu einem wichtigen Gegenstand ihrer Agenda erklärt hat. In den Beschlüssen und Dokumenten sowohl der 24. Generalversammlung des Reformierten Weltbundes („Bund für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit“, Accra 2004) als auch der 9. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen („Alternative Globalisierung im Dienst von Menschen und Erde - AGAPE: Ein Aufruf zur Liebe und zum Handeln“, Porto Alegre 2006) wird ausdrücklich betont, dass dem Thema Imperium im Blick auf das künftige Denken und Handeln im Rahmen der ökumenischen Prozesse für gerechte Globalisierung und zur Überwindung von Gewalt ein hervorgehobener Stellenwert eingeräumt werden soll. Den in diesem Sinne seither von RWB und ÖRK auf den Weg gebrachten Aktivitäten hat sich inzwischen auch der Lutherische Weltbund angeschlossen. Dieser hat Ende 2007 einen Studienband mit dem Titel: „Den Glauben an den dreieinigen Gott bekennen und leben: Kirche sein inmitten imperialer Machtstrukturen“ herausgebracht, der in Teilen eine vom LWB zum selben Thema veranstaltete internationale Tagung dokumentiert. Es kann somit kein Zweifel daran bestehen, dass die weltweite Ökumene fest entschlossen ist, die auf ihren Versammlungen gefassten Beschlüsse und ausgesprochenen Empfehlungen in die Tat umzusetzen und somit die Beschäftigung mit der Frage des Imperiums fortzusetzen und zu intensivieren. Sich auf diesem Hintergrund dieser noch am Anfang stehenden, ergebnisoffenen Auseinandersetzung verweigern zu wollen, hieße der weltweiten Ökumene den Rücken zuzukehren und insbesondere den Dialog mit Kirchen aus Ländern des Südens aufzukündigen. Dies kann und darf nicht sein!

2. Über das Gebot des gegenseitigen Respekts und der ökumenischen Solidarität hinaus liegt ein weiterer Grund für die Notwendigkeit der Beschäftigung mit dem Phänomen „Imperium“ darin, dass es inzwischen weltweit eine kaum noch zu überschauende Fülle an wissenschaftlicher Literatur und somit eine entsprechend rege, weit über die akademischen Zirkel hinausgehende öffentliche Diskussion zu dem Thema gibt. Nahezu einhelliger Tenor der wissenschaftlichen Literatur - auch in den USA selbst - ist nicht etwa die Frage, ob wir in einem imperialen

Zeitalter leben, sondern wie dessen nicht angezweifelte Existenz zu bewerten ist. Insofern befindet sich die ökumenische Debatte mit ihrer Beschäftigung mit dem Imperium auf der Höhe der Zeit; eine Nichtbefassung mit der Thematik hätte zur Folge, dass man die Anschlussfähigkeit an wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Diskurse verlöre.

3. Aus meiner Sicht ist es zudem gerade für Kirchen unabdingbar, sich in die Imperiumsdebatte einzubringen, weil der insbesondere von den US-amerikanischen Neokonservativen formulierte Anspruch, als selbst erklärtes „benevolent empire“ (wohlwollendes Imperium) die Geschicke der Welt - notfalls auch unter „präventiver“ Anwendung von Gewalt bis hin zum atomaren Erstschlag - dominieren zu wollen, ausdrücklich durch die Berufung auf einen evangelikal verstandenen Heilsuniversalismus begründet wird. Gegenüber diesem fundamentalistischen Missbrauch christlicher Religion können und dürfen Kirchen nicht schweigen. Dies gilt umso mehr, als die Überzeugung, dass nur ein von den USA dominiertes expansionistisches, imperial zugespitztes System letztlich dafür sorgen könne, dass „universale Werte und Errungenschaften“ (wie etwa Menschenrechte, Demokratie und freie Marktwirtschaft) auf Dauer weltweite Durchsetzung erfahren, längst Eingang in die US-amerikanische „Sicherheitspolitik“ gefunden hat, wie zahlreiche Regierungsverlautbarungen jüngerer Zeit deutlich werden lassen (siehe vor allem die Papiere zur „New National Security Strategy“ des „Council for Foreign Relations“). In diesem Lichte mit Blick auf die Imperiumsdebatte von einer „anti-us-amerikanischen Verschwörungstheorie“ zu reden, wie dies zahlreiche nord- und westeuropäische Kirchen der weltweiten Ökumene gegenüber vorwurfsvoll tun, kann nur als wirklichkeitsfremd bezeichnet werden.

4. Schließlich legt gerade auch ein nüchterer Blick auf die gegenwärtigen weltweiten Verhältnisse nahe, dass es zur Analyse der herrschenden Machtkonstellationen und ökonomischen Asymmetrien durchaus sinnvoll ist, sich mit der Denkfigur des „Imperiums“ zu beschäftigen. Denn der Begriff in seiner aktuellen Verwendung besagt nicht mehr und nicht weniger, als dass wir es mit einer weltweiten hierarchischen

zwischenstaatlichen Ordnung zu tun haben, in deren Rahmen politische, ökonomische und militärische Vorherrschaft gewährleisten, dass die Interessen der führenden Mächte Durchsetzung erfahren. Im Zentrum dieses Konzeptes stehen die USA, da diese sich nach 1989 die Funktion der einzig verbliebenen globalen Ordnungsmacht einzuverleiben vermochten und seither mehr denn je in der Lage sind, mittels ihres Übergewichts an militärischem Potential, aber auch aufgrund ihrer Fähigkeit, über IWF, Weltbank und WTO den Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung in ihrem Sinne zu steuern, weltpolitische Dominanz auszuüben. In Abgrenzung zu seinen historischen Vorläufern wird der Begriff heute als ein neuer Typus imperialer Ordnung verstanden, da es sich um ein „entterritorisiertes“ Imperium handelt, das die „Entgrenzung“ von Herrschaftsansprüchen über das eigene Territorium hinaus zum Ziel hat und sich zudem auf die Kontrolle von globalen „Strömen“ konzentriert - Ströme an Kapital, Gütern und Dienstleistungen, Informationen und nicht zuletzt Menschen. Im Unterschied etwa zum Imperium Romanum oder dem British Empire wird das gegenwärtige Imperium durch eine weniger formale Struktur charakterisiert, da es weniger direkt und unmittelbar, aber dennoch umfassend Kontrolle und Macht auszuüben in der Lage ist. Hierbei gehen so genannte „sekundäre Mächte“ wie insbesondere die Europäische Union und Japan aufgrund einer weitgehenden Deckungsgleichheit der Interessen gewissermaßen als „wohlwollende Handlanger“ mit den USA konform und dienen der umfassenden, globalen Absicherung der imperialen Strukturen. Es sind die in dieser Form wohl kaum zu bestreitenden weltweiten politischen, ökonomischen und militärischen Zusammenhänge, die das Imperium in der öffentlichen Debatte zu einem Gegenstand der Auseinandersetzung und umfassender Kritik haben werden lassen. Meiner Wahrnehmung nach spricht vieles dafür, dass dieses Verständnis vom Imperium den heutigen Realitäten sehr nahe kommt. Die Frage, ob die USA und ihre Alliierten in der Tat uneingeschränkt Dominanz ausüben, d. h. die Welt allein nach ihren Vorstellungen ordnen (können), oder ob sie „nur“ über eine erdumspannende Vormachtstellung verfügen, die aber nicht zwangsläufig in allumfassende globale



Herrschaft münden muss („Empire light“), ist dabei meines Erachtens zweitrangig und kann und muss vorerst offen bleiben. Wichtig scheint mir vielmehr zu sein, dass die Denkfigur des Imperiums eine analytische Kategorie darstellt, mittels derer sich die Querverbindungen und Wechselwirkungen zwischen struktureller und politisch-militärischer Gewalt sowie die mitunter unübersichtlichen Gemengelagen aus ökonomischen und geo-politischen Konfliktgründen näher ergründen lassen. Der Terminus Imperium als solcher ist dabei für mich nicht von zentraler Bedeutung. Aus meiner Sicht ließe sich die Auseinandersetzung mit und um die verschiedenen Spannungsbögen von systemischen Gewaltzusammenhängen durchaus auch unter einem anderem Oberbegriff führen. Nur müsste dieser die derzeitige Situation ähnlich treffend charakterisieren, wie das beim Konzept vom Imperium der Fall ist.

Martin Gück ist hauptamtlicher Mitarbeiter im Heidelberger Kairos Europa-Büro.

Berichte aus der laufenden Arbeit

„**Hoffnungsgeschichten**“ - ein neues Kairos Europa-Projekt

Vorgestellt von Matthias Kaldenbach

Eine kritische Auseinandersetzung mit den globalen politischen Verhältnissen und das Nachdenken über Alternativen und Handlungsperspektiven können heute leicht zu entmutigenden Gedanken und Gefühlen der Schwäche führen. Im Jahr 1986 proklamierte Jean-Francois Lyotard das Ende der „großen Erzählungen“. Er meinte damit die Gesamtheit von Leitideen einer Kultur, „Geschichten“, die sich die Mitglieder einer Gesellschaft gewissermaßen selbst über ihre Praktiken und Überzeugungen „erzählen“. Sie dienen der Stabilisierung eines sozialen Gebildes, können aber auch Basis einer emanzipatorischen Befreiungsbewegung sein. Auf den ersten Blick möchte man Lyotard zustimmen: Alte Werte geraten in Vergessenheit, einst schwer erkämpfte soziale Errenschaften werden zerschlagen, die Möglichkeit gesellschaftlicher Alternativen gilt als historisch widerlegt und allein schon das Nachdenken

darüber erscheint fast lächerlich. Mit am wirksamsten scheinen die allgegenwärtigen „Erzählungen“ vom notwendigen Wachstum und von der nicht vorhandenen Alternative zu sein: TINA - There is no Alternative!

Wie können wir angesichts der umkippenden gesellschaftlichen Werte und der sich scheinbar unaufhaltsam totalisierenden „neoliberalen“ Ökonomie der Resignation entgehen? Woraus können wir Hoffnung und Kraft schöpfen, die unser politisches Engagement tragen?

Entgegen dem Mythos vom „Ende der großen Erzählungen“ gibt es Grund zu der Annahme, dass ein tiefgreifender kultureller Wandel in eine andere Richtung im Gange ist.¹ So gibt es zum Beispiel weltweit zahlreiche ermutigende soziale Bewegungen und spannende Projekte. Es erscheinen immer mehr Bücher, die aus der Kritik heraus konkret lebbare Alternativen entwerfen. In Europa schließen sich zunehmend Menschen zusammen, um in genossenschaftlichen Einrichtungen das vorherrschende Konkurrenzprinzip durch Solidarische Ökonomie zu überwinden. Aber auch mehr oder weniger spektakuläre, ja sogar zunächst ganz unscheinbare Erlebnisse im Alltag können Quelle der Hoffnung werden, wenn sie nur weitererzählt werden...

Hier setzt das Kairos-Europa-Projekt „Hoffnungsgeschichten“ an. In einem Internetangebot wollen wir Zeichen der Hoffnung sichtbar machen, die im multimedialen Einerlei leicht dem Bewusstsein entgleiten. Wir wollen hier von hoffnungsvollen Entwicklungen „erzählen“ und im „Story Telling“ (engl.: Geschichten-erzählen) den Blick auf das schon Begonnene, Gelungene und Funktionierende richten. Nichts ist überzeugender als das unmittelbare Sehen, und das Erzählen von selbst Erlebtem hat mehr Gewicht als noch so langes Spekulieren über Möglichkeiten.

Die häufigste Art, die „Hoffnungsgeschichten“ zu nutzen, wird das Lesen von Beiträgen sein. Dazu kann man sich mit einem E-Mail-Abonnement über neue Beiträge informieren lassen. Es ist aber ausdrücklich erwünscht, dass sich die Leser/innen auch mit eigenen Kommentaren und Geschichten an dem Projekt beteiligen und sich über einzelne Beiträge oder



Themen in Internet-Foren austauschen. Eine experimentelle Version der „Hoffnungsgeschichten“ kann abgerufen werden unter: <http://www.kairoseuropa.de/hg.htm>

Schauen Sie sich um, lassen Sie sich anregen und ermutigen! Und wenn Sie selbst etwas zu „erzählen“ haben, machen Sie einfach mit!

Ein Großteil der dort bereits beschriebenen Funktionen kann zwar aufgrund technischer Probleme noch nicht interaktiv genutzt werden. Gerne können Sie sich aber schon jetzt mit Kommentaren, Anregungen und eigenen Beiträgen per E-Mail an mich wenden: mail@matthias-kaldenbach.de

Matthias Kaldenbach ist Diplom-Informatiker und koordiniert gemeinsam mit Ulrich Duchrow, Hartmut Futterlieb und Wilhelm Wille das Projekt Hoffnungsgeschichten.

¹ Korten, David C., 2005, The Great Turning: From Empire to Earth Community.

Sechs Konferenzen zum Themenbereich „Frieden in Gerechtigkeit“ geplant

Im Sinne der Umsetzung der Beschlüsse und Empfehlungen der Freisinger ACK-Konsultation zur Halbzeit der Dekade zur Überwindung von Gewalt und der ÖRK-Vollversammlung in Porto Alegre machen wir uns schon seit geraumer Zeit für eine stärkere inhaltliche Zusammenschau und integrierte Bearbeitung der Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung stark. Um die Weiterarbeit zu den Zusammenhängen und Wechselwirkungen zwischen struktureller wirtschaftlicher Gewalt, politisch-militärischer Gewalt und Gewalt gegen die Natur auf eine breitere Basis zu stellen und zu intensivieren, werden wir im Verlauf des Jahres in Kooperation mit Kirchen, ihren Einrichtungen und Werken sowie ökumenischen Organisationen und Netzwerken fünf so genannte „Regionalkonferenzen“ sowie eine bundesweite Tagung durchführen.

Sinn und Zweck der Regionalkonferenzen wird sein, am Beispiel zentraler Problemlagen der Einen Welt vorrangige wirtschafts- bzw. entwicklungsbezogene sowie friedens- und umweltpolitische Zugänge zur übergreifenden Thematik „Frieden in Gerechtigkeit“ zu erschließen, diesbezüglich handlungsorientierte Anknüpfungspunkte und Strategien zu identifizieren und nach Möglichkeit Verabredungen für deren Umsetzung in den jeweiligen Regionen zu treffen.

Im Anschluss an diese Regionalkonferenzen, die im Zeitraum April bis September stattfinden werden, ist für Ende November eine bundesweite Konferenz vorgesehen, bei der die Ergebnisse der Regionalkonferenzen zusammengetragen, vertieft sowie im Blick auf gemeinsame Schwerpunkte und Strategien für in 2009 durchzuführende bundesweite Aktivitäten erörtert werden sollen.

Termine:

- ▲ Regionalkonferenz „Ost“, 16.-17. Mai in Leipzig;
- ▲ Regionalkonferenz „Süd“, 4.-5. Juli in Nürnberg;
- ▲ Regionalkonferenz „Südwest“, 18.-20. Juli in Stuttgart;
- ▲ Regionalkonferenz „West“, 12.-13. September, Ort noch nicht festgelegt;
- ▲ Regionalkonferenz „Nord“, in Hamburg, Termin noch nicht festgelegt;
- ▲ bundesweite Konferenz, 28.-30. November in Mannheim.

Zum ersten dieser Termine, der

Regionalkonferenz Ost vom 16. bis 17. Mai 2008 in Leipzig,

möchten wir hiermit **herzlich einladen:**

Tagungsthema:

Die Überwindung wirtschaftlicher, politischer und militärischer Gewalt. Wie können wir uns an den ökumenischen Prozessen „AGAPE“ und „Dekade“ beteiligen?



Programm

Freitag, den 16. Mai 2008

- bis 17.30 Uhr: Anreise
 18.00 Uhr: Abendessen
 19.00 Uhr: Begrüßung/Vorstellung
 19.15 Uhr: Einführung in das Thema
 19.30 Uhr: Gottes Volk sein angesichts wirtschaftlicher, politischer und militärischer Gewalt - Biblischer Impuls von *Prof. Ulrich Duchrow*, Kairos Europa
 Moderation: *Elisabeth Naendorf*, Ökumenisches Informationszentrum Dresden (ÖIZ)

Samstag, den 17. Mai 2008

- 7.45 Uhr: Frühstück
 8.30 Uhr: Andacht
 9.00 Uhr „Armut, Reichtum und Ökologie/AGAPE“ und die „Dekade zur Überwindung von Gewalt“:
 Die Zusammenführung ökumenischer Programme gegen strukturelle und direkte Gewalt und die Partizipationsmöglichkeiten von Kirche(n) und ökumenischer Basis
Dr. Rogate Mshana, Verantwortlicher für das ÖRK-Programm „Armut, Reichtum und Ökologie“, Genf
 10.00 Uhr: Vorstellung von drei thematischen Anknüpfungspunkten aus den Bereichen Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung:
 I. *Gerechtigkeit*
 Private versus gemeinwohlorientierte Aneignung - Zur Kernfrage von Eigentumsrechten und -pflichten im globalen Markt
Dr. Ulrich Duchrow & Martin Gück, Kairos Europa
 II. *Frieden (Schwerpunkt Osteuropa)*
 • Militarisierung Osteuropas im Kontext der Militarisierung der EU
Clemens Ronnefeldt, Internationaler Versöhnungsbund
 • Widerstand gegen US-Basen in Tschechien
Jiri Sobotka, Tschechische Friedensgesellschaft

III. Schöpfung

„Wenn Leben zur Ware wird...“ - private Aneignung genetischer Ressourcen, Ausbeutung traditionellen Wissens indigener Bevölkerungen, Patentierung von Lebewesen
Silke Pohl & Sylvia Thiele, BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie

- 11.00 Uhr: Pause
 11.30-13.00: Vertiefung der drei o.g. Themen in Arbeitsgruppen
 13.00-14.00: Mittagessen
 14.00 Uhr: Weiterarbeit in den Arbeitsgruppen: Verknüpfung der Themen mit den ökumenischen Prozessen und Ausarbeitung konkreter Strategien
 15.00 Uhr: Kaffee/Tee
 15.30 Uhr: „Kirche der Freiheit oder Kirche der Befreiung?“ Die Auseinandersetzung um gerechten Frieden und was zu tun ansteht - Podium mit *Dr. Ruth Gütter* (EKD), *Michael Hanfstängl* (Missionswerk Leipzig), *Christine Busch* (Ev. Kirche im Rheinland), *Martin Gück* (Kairos Europa), *Friedrich Brachmann* (AGOK)
 Moderation: *Christine Müller* (Beauftragte für den Kirchlichen Entwicklungsdienst)
 17.00 Uhr: Diskussion der verschiedenen strategischen Vorschläge und Umsetzungsschritte
 17.30 Uhr: Auswertung der Tagung, kleiner Imbiss und Abreise

Kosten:

Teilnehmerbeitrag 20,- EUR, ermäßigt 10,- EUR, inkl. Übernachtung/Frühstück zusätzl. 26,- EUR

Anmeldung:

Arbeitsstelle Eine Welt in der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens, Paul-List-Str. 19, 04103 Leipzig, Tel.: 0341/9940655, Fax.: 0341/9940690, Email: Christine.Mueller@arbeitsstelle-eine-welt.de

Über die Details der übrigen Regionalkonferenzen werden wir im nächsten Rundbrief berichten. Vorabinformationen über Martin Gück, Telefon: 06221/716005, Email: gueck@kairoseuropa.de

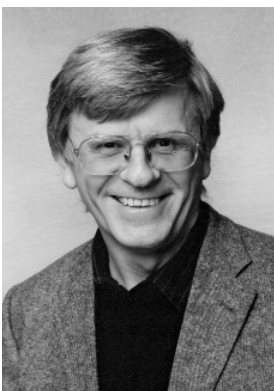
Jahresmitgliederversammlung 2008 von Kairos Europa Deutschland e.V.

Im Blick auf die diesjährige Mitgliederversammlung von Kairos Europa Deutschland e.V., an der am 8. Februar in Heidelberg 13 Mitglieder teilnahmen, möchte der Vorstand den Mitgliedern auf diesem Wege die Beschlussfassungen zu den beiden folgenden Tagesordnungspunkten der Jahresversammlung bekannt machen:

- Vorstandswahlen

Da unser langjähriges Vorstandsmitglied Ingrid Manthey angekündigt hatte, aus Zeitgründen nicht mehr für das Vorstandsamt zur Verfügung stehen zu können, stand im Rahmen der turnusmäßigen Wahlen zum Vorstand eine Neubesetzung an. Für den dritten Vorstandsposten neben Christine Müller und Peter Schönhöffer, die erneut kandidierten, stellte sich freundlicherweise Hartmut Futterlieb zur Wahl. Alle drei KandidatInnen wurden - bei jeweils einer Enthaltung - einstimmig gewählt.

Hartmut Futterlieb, der sich in der Kairos-Arbeitsgruppe „Hoffnungsgeschichten“ engagiert, möchte sich den Mitgliedern mittels des folgenden Kurztextes näher vorstellen:



Geboren wurde ich als 2. Kind von drei Geschwistern am 09. 07. 1941 in Frankfurt/Oder.

Im Winter 1946/47 kam unsere Familie nach Schleswig-Holstein, wo ich aufgewachsen bin und bis 1973 als Lehrer gearbeitet habe. Von 1973 bis 1979 war ich als

pädagogischer Mitarbeiter in der Evangelischen Studentengemeinde Freiburg tätig und dort für die Pädagogische Hochschule und die politische Arbeit zuständig. Seitdem Mitarbeit bei Cfs (Christen für den Sozialismus).

Nach einem kurzen Zwischenspiel als Lehrer in Pinneberg, Schleswig-Holstein, kam ich 1980 als Studienleiter am Pädagogisch-Theologischen Institut der Evangelischen Kirche in Kurhessen-Waldeck (EKKW) nach Bad Hersfeld, d.h. in die religionspädagogische Fortbildung. In dieser

Zeit Arbeit in der Hersfelder Friedensinitiative und seit 1982 in der Jugendwerkstatt Bad Hersfeld, die ich mit gegründet habe, in deren Vorstand ich 15 Jahre lang gearbeitet habe und wo ich von 1996 bis zum Ruhestand noch nebenher als Lehrer für arbeitslose Jugendliche tätig war. Mitglied bei Kairos Europa sowie bei attac und beim Institut für Theologie und Politik in Münster. Seit 2006 bin ich im Ruhestand.

- Erhöhung des Mitgliedsbeitrages

Seit Gründung des Vereins beläuft sich der Mindestmitgliedsbeitrag für Einzelpersonen unverändert auf 10,- EUR (früher DM 20,-) pro Jahr. Angesichts der weiterhin angespannten finanziellen Situation des Vereins und in Anbetracht gestiegener Kosten (nicht zuletzt auch für die Erstellung und den Versand des Mitglieder-Rundbriefes) fasste die Mitgliederversammlung einstimmig den Beschluss, den jährlichen Mindestmitgliedsbeitrag mit Wirkung zum 1. Januar 2009 auf 20,- EUR pro Jahr anzuheben.

Sollten wir bis Ende dieses Jahres von jenen Mitgliedern, deren bisheriger Mitgliedsbeitrag unter 20,- EUR liegt und per Lastschrift eingezogen wird, nichts Gegenteiliges mitgeteilt bekommen, werden wir unsere Bank anweisen, den Lastschrifteinzug ab Anfang 2009 auf den neuen Mindestbeitrag zu erhöhen. Diejenigen Mitglieder, die ihren Beitrag per Überweisungsauftrag zahlen, möchten wir bitten, die Beitragserhöhung auf 20,- EUR vom kommenden Jahr an bei ihren Überweisungen zu berücksichtigen. Ausdrücklich hinweisen möchte der Vorstand an dieser Stelle noch einmal auf die - dankenswerterweise bereits von zahlreichen Mitgliedern genutzte - Möglichkeit der „Fördermitgliedschaft“ (d.h. die freiwillige Aufstockung des Mindestbeitrags um einen beliebigen Betrag). Eine höhere Zahl an Fördermitgliedschaften könnte in beträchtlichem Maße mit dazu beitragen, die infolge anhaltender Zuschusskürzungen auf Seiten kirchlicher und sonstiger Gebereinrichtungen zu verzeichnenden Mindereinnahmen zu kompensieren.



Buchbesprechung

Jon Sobrino: Der Preis der Gerechtigkeit. Briefe an einen ermordeten Freund, Echter Verlag, Würzburg 2007

Von Christoph Rinneberg

Am 16. November 1989 wurden in El Salvador sechs Mitbrüder aus Sobrinos Jesuitenkommunität - in der Universidad Centroamerica (UCA), San Salvador - von einem Spezialkommando der Armee grausam ermordet: Ignacio Ellacuría, Ignacio Martín-Baró, Segundo Montes, Amndo López, Juan Ramón Moreno, Joaquin López y López. Mit ihnen wurden die Köchin Julia Elba Ramos und ihre Tochter Celina umgebracht, die in dieser Nacht Schutz vor den Gefechten des Bürgerkriegs in einem Zimmer der Kommunität gesucht hatten. Jon Sobrino war gerade im Ausland und entging so dem Überfall. Sein bester Freund unter den Ermordeten war Ignacio Ellacuría, geb. 1930, Professor der Philosophie, Rektor der Universität und einer der führenden Befreiungstheologen.

Jon Sobrinos Buch bezieht - ganz im Sinne Ellacurias - in die individuelle Wertschätzung auch all die anderen Menschen mit ein, die Märtyrer, die Ungerechtigkeit und Grausamkeit als (Heraus-) Forderung an ihre eigene Menschlichkeit wahrgenommen haben. Zwei „Leistungen“ sind damit verbunden, die in unserer Leistungsgesellschaft so gut wie keinen Platz zu haben scheinen: die mentale und psychische Leistung, die Wirklichkeit und Wirkung herrschender Unrechtsverhältnisse zur Kenntnis und in sich auf zu nehmen, sowie die psychische und physische Leistung, diese Unrechtsverhältnisse samt ihren Triebkräften beim Namen zu nennen und an Wegen zu ihrer Überwindung zu arbeiten, motiviert durch die Einsicht, zu Gott nur durch die Wirklichkeiten gelangen zu können. Das eigentliche Anliegen dieses Buches gilt aber den Menschen, die unter Unrechtsverhältnissen gelitten haben und gestorben sind, die heute darunter leiden und sterben.

Es geht also um die vorrangige Option für die Armen, die in christlichen Kirchen noch immer nicht den ihr vom Evangelium her gebührenden Vorrang hat. Diesen Eindruck bestätigt die am 15. März 2007 ausgesprochene vatikanische Verurteilung zentraler Thesen Sobrinos. Viele namhafte in- und ausländische wissenschaftliche Institutionen haben sich hinter den hochqualifizierten und hochgeehrten Befreiungstheologen gestellt. Doch dies ist nicht Gegenstand des Buches. Die fiktiven „Briefe an einen ermordeten Freund“ haben ihren Ausgangspunkt beim ersten Todestag Ellacurias, zu dem Sobrino gebeten worden war, im Zentrum

„Monseñor Romero“ der Universität zu predigen. Daraus sind diese den Jahren zwischen 1990 und 2005 zugeordneten, jeweils Aktuelles mit aufgreifenden Briefe entstanden.

Eine der ersten wichtigen Einsichten, die uns Sobrino vermittelt, betrifft das Martyrium. Der ermordete Erzbischof Oscar Romero, von Karl Rahner als Symbol des Martyriums gewürdigt, hat noch immer nicht die Kanonisierung seiner Kirche „bestanden“, erst recht nicht der Märtyrer Ellacuría. Doch das zählt nicht für Sobrino. Für ihn ist es wichtiger, dass das Lebenswerk beider nicht verwässert sondern dass ungeschmälert und ungeschminkt weiter über sie gesprochen wird, um die „Millionen unschuldig und wehrlos gestorbener Menschen aus dem Schweigen und aus der Würdelosigkeit zu befreien“. Jesu Auftrag wäre ein Fehlschlag gewesen, hätte es keine Jesu nachfolgenden Schwestern und Brüder gegeben.

Wenn Ellacuría ein festes Dogma gehabt hat, dann hat ihn der Schmerz der gekreuzigten Völker zur Pflicht gerufen, sie vom Kreuz herabzuholen. Es ist also die Liebe zum gekreuzigten Volk und die Arbeit, es vom Kreuz herabzuholen, die sein Lebenswerk bestimmt haben. Als 1976 die erste zaghafte Agrarreform wieder rückgängig gemacht werden sollte, hat er die im Lande anzutreffende Haltung - in Anspielung auf das Militär „A sus órdenes, mi capitán“ (Zu Befehl, mein Hauptmann) - so beschrieben: „A sus órdenes, mi capital“ - Zu Befehl, mein Kapital. Da ist es kein Wunder, dass in einem von Macht und Gewalt gezeichneten Land Ellacuría zweimal wegen Lebensgefahr im Ausland Schutz suchen musste. Dennoch hat er sich von dem an Einsicht in die Wirklichkeit Gewonnenen ebenso wenig abbringen lassen wie von seiner Vision einer Zivilisation der Armut, als Gegensatz zur Zivilisation des Reichtums zu verstehen. Nicht eine allgemeine Verarmung ist für ihn das Lebensideal gewesen, die auf eine Verteilung des Elends hinauslaufen würde. Ihm ist es vielmehr darum gegangen, die durch Kapital und Reichtum bestimmte Dynamik durch eine andere zu ersetzen, „die jene heilend überwindet“. Dafür hat er handfeste Gründe angeführt wie die Begrenztheit irdischer Ressourcen und die auch damals beobachtbare zunehmende Ungleichheit der Lebenschancen.

Nach Beendigung des Bürgerkriegs hat sich die Kirche El Salvadors verändert, dazu neigend, Gott zu trivialisieren, Religiosität zu infantilisieren, Spiritualität zu verdünnen: Die Kirche stört nicht mehr sonderlich, die Mächtigen fühlen sich nicht mehr von ihr bedroht - und die nach wie vor unter Armut leidende Bevölkerung sieht nicht mehr in ihr

ihre Verteidigung und Unterstützung. In dieser Lage wird im universitären „Centro Monseñor Romero“ der „Saal der Märtyrer“ eingeweiht, damit die Erinnerung lebendig bleibt: „Der Platz der Kirche ist das einfache Volk“. Sobrino bittet, betet inständig um eine lebendige, belebende Kirche, in der „der Geist den Buchstaben bestimmt und nicht umgekehrt“, und in der das Volk Gottes Vorrang hat vor der Institution:

- ▲ Den Menschen soll sie dienen - und nicht sich von ihnen bedienen lassen,
- ▲ der Armen soll sie sich annehmen und sie stärken - und sie nicht infantilisieren,
- ▲ glaubwürdig soll sie werden und sein - und sich nicht der Macht aufdrängen,
- ▲ dem Leben soll sie dienen - statt Mutlosigkeit und Trauer zu verbreiten.

Kurz: Eine salvadorianische Kirche wünscht sich Sobrino, und das versteht er wohl weniger im nationalen Sinne als in der Bedeutung, die das Wort enthält: eine rettende, befreiende, erlösende Kirche, die am Bau des Reiches Gottes mitarbeitet. Ellacuría: „Wenn man die Kirche mehr durch ihre mütterlichen als durch ihre lehrenden Kräfte ... zum Gottesvolk ausgestaltet, wird sie in einer günstigeren Verfassung sein, um ihren Beitrag zur Befreiung der Menschen und der Geschichte zu leisten“. Sobrino weist eindrücklich auf die Versuchung hin, der Geistliche erliegen können und beschreibt die Opfer der Versuchung mit Charles Péguy als diejenigen, die glauben,

- ▲ in der Gnade zu sein, weil sie nicht die Kraft haben, in der Natur zu sein,
- ▲ im Ewigen zu sein, weil sie nicht den Mut für das Zeitliche haben,
- ▲ bei Gott zu sein, weil sie nicht bei den Menschen sind, und
- ▲ Gott zu lieben, weil sie einfach keinen Menschen lieben.

Ellacuría sieht in Oscar Romero das Gegenteil davon, das positive Modell: „Weil er von dieser Welt war, war er Bürger des Himmels“ - und damit so unbequem wie Jesus, den Dostojewskis Großinquisitor bittet, nicht wieder zu kommen. Sobrino greift - für ihn „natürlich“ - auch die aktuellen Katastrophen wie den Hurrikan Mitch und den 11. September 2001 auf. Denjenigen, die das Schweigen Gottes beklagen, gibt er die fällige Antwort: Gottes Schweigen ist die Aufforderung an

uns, unsere Übel, die Übel unserer Zeit selbst zu beheben. Das kann nur dann Wirklichkeit werden, wenn wir bereit sind, die ungeschminkte Wahrheit zu suchen und die Mauer aus Schweigen und Gleichgültigkeit einzureißen, die die „Moderne“ und die „Globalisierung“ errichtet haben. Doch wie könnte das gelingen?

Um zu allererst den bitteren Hunger in der Welt abzuschaffen, gilt es anzuerkennen, dass dies wesentlich weder ein wissenschaftliches noch ein wirtschaftliches noch ein technisches Problem ist sondern ein ethisches. Und hier setzt für Sobrino die vorrangige Option der Armen an, die Geschichte kirchlichen Bemühens reflektierend:

- ▲ Extra ecclesiam nulla salus - Außerhalb der Kirche gibt es kein Heil. Eine wegen ihrer Selbstgefälligkeit heute aufgegebenen Devise,
- ▲ Extra mundum nulla salus - Außerhalb der Welt gibt es kein Heil, sagte Schillebeeckx,
- ▲ Extra pauperes nulla salus - Außerhalb der Armen gibt es kein Heil, Grundauffassung und Vermächtnis der Befreiungstheologie.

Ellacuría hat in den Armen das Licht gesehen, das zur Erkenntnis der Wahrheit und zur Überwindung der Lüge kommt. Die Armen also sind es, die die Überlieferung des Glaubens auszulegen helfen. Wie können und müssen wir dieses hermeneutische Privileg der Armen für die Theologie insbesondere hier im reichen Westen und Norden unserer Erde verstehen? Ellacuría bietet uns hierfür insbesondere das Bild an, die sog. Dritte Welt als Spiegel zu betrachten, in dem die sog. Erste Welt ihre Wahrheit sehen kann, nämlich die ihrer maßlosen Ausnutzung der Ressourcen und übermäßigen Belastung mit „Ausscheidungen“, wie der widerwillig eingeräumte Klimawandel uns allen drastisch vor Augen führt. In seinem politischen Testament fordert Ellacuría kurz vor seiner Ermordung die Ablösung der Zivilisation des Kapitals durch die Zivilisation der Arbeit, in seinem theologischen Testament lassen uns die Armen jenseits geschichtlicher Zukunft den rettenden, den befreienden Gott erspähen.

Christoph Rinneberg ist Kairos Europa-Mitglied, arbeitet bei der Initiative Ordensleute für den Frieden (IOF) mit und vertritt den Dietrich Bonhoeffer-Verein im Leitungsteam der Initiative Kirche von unten (IKvu)

IMPRESSUM

Der Rundbrief wird herausgegeben von KAIROS Europa Deutschland e.V., Hegenichstraße 22, 69124 Heidelberg, Tel.: 06221 716005, Fax: 06221 716006, info@kairoseuropa.de, www.kairoseuropa.de

Bankverbindung: KAIROS Europa Deutschland e.V., GLS Bank, Konto-Nummer: 8040242000, BLZ 430 609 67

Der Rundbrief erscheint unregelmäßig und wendet sich vor allem an die Mitglieder und FreundInnen von KAIROS Europa.

Auflage: 400 Exemplare · Redaktion: Martin Gück · Druck und Layout: Druckerei Maulbetsch GmbH, 74939 Zuzenhausen

